

liche Centralverein für den Regierungsbezirk Königsberg im vorigen Jahre gestellt hatte. Nachdem einige Mitglieder der Kommission zur Sache gesprochen hatten, nahm der Kaiser das Wort und führte etwa folgendes aus:

Aus den ihm regelmäßig vorgelegten Berichten habe er zu seinem Bedauern gesehen, daß eine größere Anzahl meist weiblicher Arbeiter im landwirtschaftlichen Betriebe verunglücke, und sei deshalb verschärfte Aufmerksamkeit behufs Vermeidung solcher Unglücksfälle notwendig. Wie er schon im vorigen Jahre im landwirtschaftlichen Verein habe mitteilen lassen, sei er nicht geneigt, bei der Bekämpfung der für solche Unglücksfälle haftbaren Unternehmer irgendwie Gnade eintreten zu lassen, sobald strafbare Fahrlässigkeit vorliege. Von dem meist ungebildeten landwirtschaftlichen Arbeiter könne man nicht verlangen, daß er seine eigenen Interessen und die Sicherung seiner Existenz ohne Rücksicht auf seine eigene Bequemlichkeit bei der Ausführung seiner Arbeiten wahrnehme. Dem Leichtsinn und der Unachtsamkeit dieser Arbeiter müsse durch eine strenge Aufsicht der verantwortlichen Arbeitgeber gesteuert werden; in dieser Beziehung erwarte er von den Beschlüssen des Kollegiums die besten Folgen; im übrigen sei es ihm eine Freude gewesen, den Beratungen des Kollegiums beigewohnt zu haben.

Nach Schluß der Verhandlungen begab sich der Kaiser in die Räume des Ministers v. Lucius zum Festessen, in dessen Verlaufe der Minister Gelegenheit nahm, dem Kaiser für die dem Kollegium und ihm widerfahrne Ehre zu danken.

### Tagesübersicht.

**Deutschland.** Se. Majestät der Kaiser arbeitete am Donnerstag im Neuen Palais in Potsdam längere Zeit mit dem Kriegsminister und dem Chef des Militärkabinetts und empfing den in Berlin eingetroffenen Botschafter in Rom, Grafen Solms. Am Nachmittag hat der Kaiser die Reise nach Jagdschloß Babelsberg angetreten, wo in den letzten Tagen dieser Woche größere Hoffjagden stattfinden werden. Am Sonnabend Abend kehrt der Kaiser nach Berlin zurück.

Ueber die Entstehung der Thronrede, welche der Kaiser bei der Eröffnung des preussischen Landtages verlas, sind allerlei Mittelungen verbreitet, welche indessen den Nagel nicht auf den Kopf treffen. Wenn gesagt wird, der eigentliche Autor des Schriftstückes sei der Kaiser, so ist das unrichtig. Die einfache Wahrheit ist folgende: Der Entwurf der Thronrede ist in einer gemeinsamen Konferenz der Herren v. Caprivi, v. Bötticher, Dr. Miquel und Herrfurth aufgestellt, und dann in dem Ministerrat unter Vorsitz des Kaisers erweitert und festgestellt worden. Daß dem so ist, erklärt sich schon aus der Sprache des Schriftstückes, die völlig den bisherigen Thronreden entspricht. Vom Kaiser persönlich abgefaßte Antwortsprüche tragen einen ganz anderen Stempel. Die wohlwollende Besprechung der Thronrede findet sich ziemlich in der ganzen deutschen Presse. Man erkennt vor allem an, daß von der Staatsregierung ein energischer Anlauf zur Durchführung einer inneren Reform im großen Maßstabe genommen wird. Die Größe der vorhandenen Schwierigkeiten wird nirgends verkannt, es wird aber auch eingesehen, daß die Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sind, wenn guter Wille zur Einigung vorhanden ist.

Dem Bundesrat ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Besteuerung des Zuckers nebst Begründung zugegangen. Es handelt sich um die weitere Reform der Zuckersteuer behufs Verminderung und späterer Beseitigung der Ausfuhrprämien. Der Gesetzentwurf schlägt demgemäß eine stufenweise mit dem Jahre 1892 beginnende Herabsetzung der Materialsteuer bis zur Abjagung derselben und eine entsprechende stufenweise Erhöhung der Verbrauchssteuer vor.

(Preussisches Abgeordnetenhau.) Sitzung vom 13. November. Am Ministerisch: Das gesamte Staatsministerium. Das Haus ist stark besetzt. Der Präsident erhält vom Hause die lebhafteste Zustimmung zu der vom Präsidium dem Grafen Wolke abgeleiteten Beglückwünschung zu seinem 90. Geburtstag. Es folgt Wahl des Präsidiums und der Schriftführer für die neue Session. Auf den Antrag des Abg. Stempel (freikons.) wird das Präsidium durch Zuzug wieder gewählt, und zwar Abg. v. Köller (kons.) zum Präsidenten, Abg. v. Heeremann (Ers.) zum ersten Vizepräsidenten, Abg. v. Benda (nat.-lib.) zum zweiten Vizepräsidenten. Die Abgg. v. Köller und v. Benda nahmen die Wahl mit Dank an. Bei dem Abg. v. Heeremann soll wegen der Annahme der Wahl telegraphisch angefragt werden, da derselbe im Hause nicht anwesend ist. Sodann werden auch die Schriftführer durch Zuzug gewählt, und zwar die Abgg. Böhig, Hartmann, Barth, Imwalle, Kohlsch, Wopelius, Sperlich und Dr. Witthoff. Zu Quästoren beruft der Präsident die Abgg. Franke-Löbner und Kiebertmann. Damit ist das Präsidium konstituiert, und wird dem Kaiser Mitteilung hiervon gemacht werden. Es folgt der zweite Gegenstand der Tagesordnung: Entgegennahme von Vorlagen der Königl. Staatsregierung. Das Wort ergreift Ministerpräsident v. Caprivi: Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung und im Namen der Königl. Staatsregierung beehre ich mich, dem hohen Hause die folgenden Gesetzentwürfe zu unterbreiten: 1. den Gesetzentwurf, betr. die Einkommensteuer, 2. die Novelle zum Erbschaftsteuergesetz, 3. das Volksschulgesetz, 4. die Novelle zur lex Quene (dem Verwendungs-gesetz) und 5. die Landgemeindeordnung. Die Regierung ist sich der Schwere der Anforderungen, die sie mit diesen bedeutenden Vorlagen an den Landtag der Monarchie stellt, wohl bewußt. Aber

nach reiflichen Erwägungen sind wir zu dem Entschlusse gekommen, daß es unumgänglich nötig wäre, die sämtlichen Reformgesetze dem Landtage gleichzeitig vorzulegen. Nachdem das Reich die gesetzgebende Kraft lange Jahre zu seinem inneren Ausbau für sich in Anspruch genommen hat, war die natürliche Folge, daß im Königreiche Preußen manches zurückgestellt werden mußte. Indessen ist ein weiteres Aufschieben der Erledigung dieser Reformen aus inneren Gründen nicht angezogen. Auch die fernere Frage, ob alle diese Gesetze zunächst dem Abgeordnetenhause vorzulegen seien, glaubte die Regierung bejahen zu müssen, da ein materieller Zusammenhang aller Vorlagen abwartet, der eine Trennung nicht gestattet. Die Regierung hat deshalb den Landtag früher als sonst berufen und hegt die Hoffnung, daß sämtliche Vorlagen noch in dieser Session zur Erledigung gelangen werden, um so mehr, als der Reichstag in diesem Winter weniger als sonst in Anspruch genommen werden dürfte. Die Regierung legt Wert darauf, daß alle Vorlagen gleichmäßig behandelt werden und keines dieser Gesetze aus dem Gesamttrahnen herausgehoben wird. Es war eine anstrengende Arbeit, diese Entwürfe zustande zu bringen, und ihre Fertigstellung legt ein glänzendes Zeugnis ab für die Tüchtigkeit und Schaffensfreudigkeit unseres Beamtenstandes, das damit bewiesen hat, daß der Beamtenstand noch immer die alte, feste Stütze der Monarchie ist. (Bravo!) Den Ihnen unterbreiteten Finanzvorlagen liegt ein großartiger Plan zu Grunde, der weit über den Rahmen der Vorlage hinausgeht, und der die Gesetzgebung bei der Annahme der gegenwärtigen Gesetzentwürfe noch auf Jahre hinaus beschäftigen wird. Eine Vermehrung des Staatseinkommens wird von uns nicht beabsichtigt. Wo eine Vermehrung stattfindet, soll den gesetzgebenden Faktoren die Mitbestimmung an der Verwendung gesichert werden. Im allgemeinen wollen wir mit dieser Reform der direkten Steuern eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten erzielen, ein Bestreben, das gewiß vom Hause geteilt wird. Das Gleiche gilt bei der Geringfügigkeit der Vorlage, welche die Entlastung der am meisten bedrückten Personen betrifft. Die völlige Aufhebung der Grund- u. Gebäudesteuer haben wir später ins Auge gefaßt. Die Erbschaftsteuer, welche kleinere Vermögen bis zu 1000 Mk. bei der Vererbung frei läßt, bildet den Uebergang zur Deklarationspflicht, die eine gerechte Steuerveranlagung ermöglichen soll. Daß heute die Einschätzung vielfach nicht zutreffend ist, wissen Sie ja alle. Das Volksschulgesetz schafft für die Volksschule eine neue Basis in den Gemeinden und Gutsbezirken. In konfessioneller Beziehung sind wir den Wünschen der Religionsgesellschaften entgegengekommen, soweit dies mit dem staatlichen Aufsichtsrecht über die Schule vereinbar ist. Es ist dafür gesorgt, daß kein Kind ohne Religionsunterricht bleiben soll. Mit der Schulvorlage in Verbindung steht die Novelle zum Verwendungs-gesetz, welche die Zölle aus der Vieh- und Getreide-Einfuhr in größerem Umfange als bisher den Gemeinden zur Erleichterung der Schulbaukosten überweisen will. Die Landgemeindeförderung will die Gemeinden stärken und solche Gemeinden, die nicht leistungsfähig sind, auch gegen den Willen der Beteiligten zusammenlegen. Gemeinde-Rechte sollen auch einem Teil der Nichtangehörigen, bis zu einem Drittel der Gemeindeglieder, verliehen werden, das Stimmrecht größerer Besitzer soll erhöht werden können. Die Ihnen unterbreiteten Vorlagen sind allerdings nicht als spezielle Gesetze zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Bestrebungen zugeschnitten. Aber angesichts der unsrer Kultur und unsrer Staatswesen bedrohenden Bestrebungen werden diese Gesetze eine soziale Bedeutung haben. Wir werden den Staat stärken, wenn die Volksschule an Kraft und Gesundheit gewinnt, und wir besser auf die Erziehung wirken, als bisher. Die Königl. Staatsregierung ist sich durchaus ihrer Pflicht bewußt, Recht und Beschäftigung zu schützen, aber sie glaubt, daß dies auch mit den bestehenden Gesetzen möglich ist. Sollte sich künftig die Notwendigkeit ergeben, mehr zu fordern, so werden wir weitergehende Vorschläge einbringen. Heute treten wir dem Vorwurfe entgegen, als ob wir uns eines schädlichen Zutrauens schuldig machten. (Bravo!) Wir sind entschlossen, wenn nötig, Gewalt anzuwenden, aber nicht gesonnen, zu solchen Mitteln zu greifen, wenn es nicht genügend erforderlich ist. (Bravo!) Mit dem Dreifachen ist die Sache allein nicht gemacht, viel richtiger ist es, die Liebe zum Vaterlande in Kopf und Herz zu fördern. (Bravo!) Daher auch die Tendenz dieser Gesetze, die Schulern der Armen zu entlasten. Die Staatsregierung weiß wohl, daß schwere Opfer durch diese Vorlage gefordert werden, allein sie legt sich auch selbst solche Opfer auf. Bei dem auf Tod und Leben begonnenen Kampfe müssen alle staatsbehaltenden Parteien um so fester zusammenstehen. Wo es sich handelt, um die Existenz des Vaterlandes, wie hier, da müssen alle kleinen Parteistreitigkeiten in den Hintergrund treten. (Beifall, anhaltendes Bravo auf allen Seiten des Hauses.) Präsident v. Köller: Sie haben gehört, welche schwierigen Aufgaben uns gestellt sind. Ich schlage Ihnen nun vor, zunächst in die Beratung der Einkommensteuer-Vorlage in Verbindung mit der Erbschaftsteuer-Vorlage einzutreten. Abg. Richter (freis.) hofft, daß es bei der ersten Beratung der genannten beiden Vorlagen zulässig sein werde, auch über die anderen Reform-Vorlagen mitzudebatieren. Präsident v. Köller hat hiergegen nichts einzuwenden. Nächste Sitzung: Donnerstag den 20. November, vormittags 11 Uhr, erste Beratung der Einkommensteuer- und Geringfügigkeit-Vorlage.

Die großen Reformvorlagen im preussischen Landtage werden nach der ersten Lesung sämtlich verchiedenen Kommissionen überwiesen werden; sie sind am Donnerstag im Abgeordnetenhause eingegangen und sofort verteilt. Der für weitere Kreise am meisten interessante Entwurf, betr. die Reform der Einkommensteuer, setzt bis zu 3600 Mk. Jahreseinkommen die Steuerbeträge herab und läßt dieselben von diesem Einkommen ab steigen. Die Erbschaften betragen in den unteren Stufen 2-3 Mk., bei der ersten Klasse der Einkommensteuer (3000-3300 Mk. Einkommen) 9 Mk. Bei

der Klassensteuer werden sich die Einnahmen für den Staat um 1 240 924 Mk. vermindern, bei der Einkommensteuer um 2 045 684 Mk. erhöhen. Einkommen bis zu 900 Mk. sind überhaupt steuerfrei. Außerdem sind für die kleineren Steuerzahler folgende Erleichterungen in Aussicht genommen: Für jedes Kind unter 14 Jahren bleiben 50 Mk. Einkommen steuerfrei. Es wird somit beispielsweise der Besitzer eines Einkommens von 1 000 Mk. steuerfrei, wenn er vier, derjenige eines Einkommens von 1 200 Mk., wenn er sechs Kinder unter 14 Jahren hat. Eine weitere Entlastung tritt für alle Einkommen unter 9500 Mk. dadurch ein, daß der jetzt von 3000 Mk. an beginnende Steuerfuß von 3 Proz. künftig erst bei 9500 Mk. anfängt. Diese Erleichterung bezieht sich auf den gesamten Mittelstand. Dazu wird die Befreiung aller Gewerbetreibenden mit weniger als 1500 Mk. Gewerbesteuern von der Gewerbesteuer und die Verringerung dieser für große Klassen anderer Gewerbetreibenden hinzukommen. Endlich soll die halbe Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden verwiesen werden, so daß auch eine Erleichterung der Kommunalabgaben eintreten kann. Der Gesatz für diese Erleichterungen wird durch schärfere Heranziehung großer Einkommen gewonnen. Bei mehr als 3000 Mk. Einkommen tritt die Deklarationspflicht ein. Vermögen der Steuerpflichtigen sein Vermögen nicht richtig einzuschätzen, so kann er der Steuerkommission das erforderliche Material liefern. Neu eingesetzt wird ein Steuergerichtshof. Die Erbschaftsteuer beträgt für Kinder und Ehegatten ein halbes Prozent, für Eltern und Geschwister ein Prozent. Erbschaften unter 1000 Mk. sind steuerfrei. Die Steuerbefreiung der Standesherrn soll vom 1. April 1894 an fortfallen; eine Entschädigung wird auf Grund besonderer Gesetzes erfolgen. Der erste Eindruck der neuen Bestimmungen ist ein durchaus günstiger. Zur eingehenden Betrachtung ist natürlich eine längere Prüfung erforderlich. — Dem Herrenhause sind Vorlagen zugegangen, betr. die außerordentliche Armenlast, betr. die Erhöhung des Höchstbetrages der Grundsteuer in den älteren Teilen der Monarchie von 9 auf 20 Mk., betr. die Ausdehnung einiger Bestimmungen des neuen Pensionsgesetzes auf mittelbare Staatsbeamte und betr. die Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen der Wahl der Stadtvorordneten.

Der preussische Landwirtschafts-Minister Freiherr v. Lucius hat am Donnerstag dem Kaiser sein Rücktrittsgesuch überreicht, dessen Genehmigung zweifellos ist.

Zu den Ausgaben des Reiches für Deutsch-Ostafrika, welche im neuen Etat auf 3 1/2 Millionen veranschlagt sind, wird die ostafrikanische Gesellschaft etwa eine Million Mark beitragen. Eine halbe Million wird aus sonstigen lokalen Einnahmen gedeckt. Dem Reiche würden also direkt nur zwei Millionen zur Last fallen. Aus dieser Summe sind nicht nur die Verwaltungskosten, sondern auch die sehr bedeutenden Ausgaben zu decken, welche das Reich zur Unterdrückung des Sklavenhandels aufzubringen hat. Im Jahre 1889/90 betragen die Ausgaben für die Wissmann-Expedition 4 Millionen, 1890/91—4 1/2 Millionen. In Zukunft wird also eine wesentliche Ersparnis Maß greifen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beabsichtigt jetzt, eine Statistik aller Arbeitslöhne in Deutschland aufzustellen.

Die Einfuhr kleiner zollfreier Mengen Fleisch aus den russischen Grenzorten nach Deutschland hat kolossale Dimensionen angenommen. Allein aus dem kleinen russischen Orte Gelsatz sind während der letzten drei Monate 1 200 000 Pfund Fleisch vierpfundweise zollfrei über die Grenze gebracht.

Das neue Kochische Heilverfahren ist am Donnerstag in Berlin einer Anzahl von Aerzten vorgeführt worden. Bis auf die Zusammensetzung der Flüssigkeit ist also die Sache kein Geheimnis mehr. — In Frankfurt a. M. war am Mittwoch ein Knabe, der seit acht Jahren an Tuberkelgeschwüren leidet, gekimpft und schon am Donnerstag tag zeigten sich bemerkbare Zeichen des Zerfallens der Geschwüre. Bisher hatte kein Mittel geholfen.

Der drohende Streik der Chemnitzer Wäcker ist mit Rücksicht auf seine gegenwärtig unzulässige Lage bis zu besserer Zeit vertagt. Inzwischen haben sich die männlichen Arbeiter verpflichtet, 50 Pf., und die weiblichen 25 Pf. pro Woche zu zahlen, um einen Streifonds zu bilden. Bis der Streifonds gebildet ist, haben sich die Verhältnisse hoffentlich schon wieder gebessert.

In verschiedenen Zeitungen werden jetzt Selgoländer Grundstücke zum Verkauf angeboten. Amtlich wird dazu bemerkt, daß nach dem geltenden Recht nur Selgoländer Besitz auf der Insel erworben können. Zur Aenderung dieses Verhältnisses bedarf es eines besonderen Gesetzes. — Im Waagflusse bei Wiktrij ist eine Fährbahn durch Verschulden des Fährmanns untergegangen. 50 Menschen haben das Leben verloren.

(Ein Wissmann-Bankett in Frankreich.) Vor der Abreise des Reichskommissars aus Marseille nach Sanjour hatte ihm, wie kurz mitgeteilt, die dortige deutsche Kolonie ein Bankett gegeben. Wie nun noch gemeldet wird, drückte auf demselben Major v. Wissmann seine Ueberzeugung aus, wenn die derzeitigen deutschen Kolonien auch noch nicht von außerordentlicher Größe und Bedeutung seien, so wären sie doch jedenfalls eine gute Schule deutscher Kolonisation geworden und könnten einem größeren Besitz als Vorbild und Muster dienen. Er verlasse Europa mit den innigsten Gefühlen deutscher Zusammengehörigkeit und der sicheren Hoffnung fernerer Erfolge der gemeinsamen Anstrengungen der deutschen Kolonisation.

Der englische Kreuzer „Serpent“, ein wahres Unglückschiff, denn es hat bei jeder seiner bisherigen Fahrten Unglück gehabt, ist an der spanischen Nordwestküste in der Nacht zum Montag bei heftigem Sturme gescheitert. Bestand vom Schicksal war nicht zu erlangen. Während der Kreuzer auf den Felsenklippen der Küste schwebte, wurden die Matrosen durch die furchterliche Brandung fortgespült, zuweilen gruppenweise.

Von 276 Personen an Bord sind angeblich nur drei gerettet. Die englische Marine hat noch sieben Kriegsschiffe von der Bauart des „Serpent“. — In dem von verheirateten Soldaten bewohnten Flügel der Wellington-Kaserne in London brach Feuer aus. Die meisten Bewohner wurden halb-ersticht mit Leitern gerettet. Andere sprangen herab und trugen Verletzungen davon.

(Aus Kamerun.) Korvettenkapitän Burich, Kommandant des Kanonenbootes „Sahibi“, ist in Kamerun dem Gallenieber erlegen. — Aus Deutsch-Afrika sind jetzt zum ersten Male die Briefe mit deutschen Marken und deutschen Stempeln eingegangen; bisher erfolgte die Beförderung mit der englischen Post. Alle Befüger der deutschen Stationen, auch die Engländer, geben zu, daß die Bewirtung eine musterhafte ist. Die Ruhe im Lande ist ungestört. Auch auf den Plantagen wird tüchtig gearbeitet. Die Nachricht von der Erbauung einer englischen Eisenbahn von Nombas ins Innere erweist sich als Humbug. Es fehlt an allen Mitteln zum Bau.

**Oesterreich.** Die Verhandlungen wegen des neuen Handelsvertrages mit Deutschland stehen günstig. Auch in Pest ist man dem Abschluß geneigt und zur Nachgiebigkeit bereit.

**Niederlande.** Die Kammern haben den Gesetzentwurf angenommen, nach welchem die Königin während der Dauer der Regierungs-unfähigkeit ihres Gemahls vom 18. d. Mts. ab zur Regentin bestellt wird.

**Belgien.** Die Kongoregierung bezeichnet eine Nachricht englischer Zeitungen von einer Revolte der schwarzen Soldaten am Kongo als unbegründet. Es hat sich nur um einen landesüblichen Krawall gehandelt. — Die holländische Regierung hat auf Grund des Berichtes niederländischer Missionare erneuten Protest gegen die Einführung von Böllen im Kongostaat erhoben. — Die belgische Regierung will das Wahlrecht für Gemeindevorstände erweitern, von der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Parlamentswahlen aber nichts wissen.

**Italien.** Rom. Auf dem Bankett, welches dem Ministerpräsidenten Crispi in Palermo gegeben wurde, erklärte dieser, er sei nach dort gekommen, nicht um eine Rede zu halten, sondern um seine Wähler zu begrüßen und ihnen zu danken. Um die Beschuldigungen seiner Gegner kümmere er sich nicht. Sollten schlimme Zeiten für Italien kommen, so würde er mit seinem Leben Italien und den König zu verteidigen wissen. Des Besuches des deutschen Reichsanzlers gedachte Crispi mit großer Wärme und brachte zum Schluß ein Hoch auf den König, die Dynastie und Sicilien aus, welches begeistert aufgenommen wurde. Am Donnerstag wurden dem Premier in seinem Hotel zahlreiche Donationen dargebracht. Jetzt hat er die Rückreise nach Neapel angetreten.

**Orient.** Der in Athen eingetroffene russische Thronfolger wird dort sehr gefeiert. Am Donnerstag fand beim Könige große Festlichkeiten statt. Der Großfürst besucht fleißig die Umgebung der Hauptstadt.

**Amerika.** Der durch eine Revolution gestürzte Präsident Bogran der Republik Honduras hat an der Grenze Gruppen gesammelt und rückt nun gegen die Hauptstadt vor. Zu entscheidenden Zusammenstößen ist es noch nicht gekommen. — Nach dem verschollenen Erzherrzog Johann von Oesterreich und seinem Schiffe suchen in der südamerikanischen Gewässern schon mehrere Fahrzeuge. Bisher ist noch keine Spur entdeckt.

### Aus Kreis und Provinz.

(Mitteilungen von lokalem Interesse sind der Redaktion immer willkommen.)

**Rauen.** Der Vorstand der hiesigen freiwilligen Feuerwehr hatte sich an den Direktor der Städte-Feuersocietät mit dem Antrage gewendet:

Die Versicherungsprämie in Rauen in gleicher Weise wie in Rathenow zu ermäßigen.

In unserer Nachbarstadt sind nämlich die Versicherungsbeiträge um 10 Proz. geringer. — Darauf ist folgende Antwort eingegangen:

„Dem Vorstände erwidere ich auf den gest. Antrag vom 22. d. Mts. ergebenst, daß ich einen Beitrags-Erlaß für die Associierten in Rauen zur Zeit noch nicht zu gewähren bezw. bei dem Direktorialrat der Societät zu beantragen vermag.“

Zwar bin ich von der Tüchtigkeit der freiwilligen Feuerwehr unterrichtet und hege keinen Zweifel, daß dieselbe beitragen wird, um die Ausdehnung der Brände daselbst einzuschränken. Aber bisher waren leider die letzteren an Zahl und Umfang noch so bedeutend, daß Rauen zu denjenigen Städten der Provinz gehört, welche nach dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre, der Societät die größten Verluste gebracht haben. Es ist deshalb bereits im Direktorialrat erwoogen worden, ob nicht den Associierten in Rauen, gleich denjenigen in anderen sehr brandgefährlichen Städten, ein Beitrags-Zuschlag auszuheben sei. Im Hinblick namentlich auf die dort vorhandene tüchtige Feuerwehr ist zwar davon zunächst abgesehen worden, aber zu einem Beitrags-Erlaß wird die Societäts-Verwaltung erst schreiten können, wenn, was zu hoffen bleibt, der Schaden-durchschnitt in Rauen sich im Laufe der Jahre ganz erheblich gebessert haben wird. gez. Gardemin.“

Danach gilt es also, vorläufig abzuwarten, ob die Brände in unserer Stadt in den nächsten Jahren erheblich nachlassen werden. Sollte dies der Fall sein, so genügt die freiwillige Feuerwehr sich später mit einem gleichen Antrage an die Städte-Feuersocietät zu wenden.

Die Methode der amerikanischen wissenschaftlichen Zuschneidemaschine für Damenschneiderei, welche im Jahre 1885 von Amerika und England nach Deutschland gebracht ist, dürfte nunmehr auch in unsere Stadt ihren Einzug halten, sofern sich eine genügende Anzahl von Damen findet, welche das Unternehmen der ersten Lehrerin am Henry-Schermanschen Lehr-Institut in Berlin, Frau v. Johanna Lauter, unterstützt. Der Gewinn an Sicherheit